

Corona-Proteste: Im zweiten Lockdown konsequent klare Kante zeigen gegen antidemokratische Proteste

Die Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie radikalieren sich zusehends – auch in München. Holzschnittartige Gut-Böse-Erzählungen, die zum Kampf gegen „das System“ aufrufen, Vergleiche der Bundesrepublik mit dem NS-Regime und verschwörungsideologische Narrative sind zentrale Botschaften. Eine Kundgebung mit ca. 2.000 Teilnehmenden auf der Theresienwiese am 1. November, bei der die zuvor in zwei Gerichtsinstanzen bestätigten Auflagen der Stadt München weitgehend ignoriert wurden, zeigte auch die Defizite im Umgang diesen Mobilisierungen: Die Behörden und die Polizeikräfte vor Ort wurden mit der simplen Strategie, die Versammlung zum Gottesdienst zu erklären, vorgeführt und durch Weisungen aus dem bayerischen Innenministerium zunächst zu Zuschauenden des weiteren Verlaufs gemacht.

Gottesdienst als Tarnung

Geeint vor allem in ihrer Ablehnung der aktuellen Infektionsschutzmaßnahmen trafen sich Protestierende an Allerheiligen zunächst in der Stadelheimer Straße, auf dem Harras, dem Wittelsbacher Platz, dem Gärtnerplatz und dem Stachus. Auf den dortigen Kundgebungen verbreiteten sie wie in den Monaten seit Ausbruch der Pandemie einschlägige Inhalte: Eine Redner*in zog auf dem Gärtnerplatz etwa Vergleiche zwischen der Bundesrepublik und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und sprach von angeblichen „Bücherverbrennungen“. Verschwörungsideologische Geschichten einer angeblich durch Eliten künstlich geschaffenen Pandemie fanden regen Anklang beim Publikum.

Ab 16 Uhr versammelten sich auf der Theresienwiese ca. 2.000 Teilnehmende zu einer Kundgebung von „Querdenken 089“. Nur ein geringer Teil hielt sich an die Vorgaben zum Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen und dem Einhalten von Abständen. Trotz einer beträchtlichen Präsenz vor Ort, setzte die Polizei die Auflagen nicht durch – die Gegner*innen der Infektionsschutzmaßnahmen konnten die Bedingungen der Veranstaltung vor Ort diktieren. Die Organisator*innen, unter ihnen der szenebekanntes Anwalt und Aktivist Markus Haintz behaupteten, einen Weg gefunden zu haben, diese Auflagen faktisch zu umgehen: Anstatt die Kundgebung zu eröffnen, erklärten sie diese flugs zum „Gottesdienst“. Es folgte gleichwohl eine dezidiert politische Kundgebung, mit drei Särgen auf der Bühne und einer symbolischen „Beerdigung“ der Demokratie. Die Bundesrepublik sei ein „Regime der Angst“ hieß es unter anderem in den Redebeiträgen umtriebiger Aktivist*innen der Szene wie Karl Hilz und Erich Hambach. Politische Statements beendeten die selbsternannten „Querdenker*innen“ mit „Amen“ oder „Halleluja“, auf poppige Musikeinlagen folgten Gebete eines evangelikalen Predigers. Die Tarnung als vermeintlicher Gottesdienst war erkennbar durchsichtig. Unter den Teilnehmenden waren wie in der Vergangenheit auch Anhänger*innen von Verschwörungsideologien, extrem rechte Aktivist*innen und christliche Fundamentalist*innen präsent. Eine Abgrenzung gegen derartige Kräfte

lehnen die Organisator*innen dieser Proteste weiterhin als vermeintliche „Spaltungsversuche“ von außen ab.

Die Polizei brach die Kundgebung nach drei Stunden schließlich ab. Somit hatten die Protestierenden Stoff für ihre Opferinszenierungen, ihre wütenden aggressiven Reaktionen in diesem Moment hätten zudem zu einer Eskalation der Gewalt führen können. Eine polizeiliche Strategie mit Weit- und Überblick war am Sonntag nicht erkennbar.

Eine gefährliche Mischung

Aus demokratischer Sicht entsteht somit eine gefährliche Mischung: Die Dynamik der Mobilisierung, eine eskalierende Rhetorik gegen Politik, Behörden und Medien, die man als „System“ verächtlich macht und die Offenheit für extrem rechte und verschwörungsideologische Akteur*innen sind ein unmittelbares Risiko für alle, die als Ziele markiert werden. Den Worten folgen Taten: Auf das Robert-Koch-Institut wurden am 25. Oktober Brandsätze geschleudert, wenige Tage später detonierte in der Berliner Invalidenstraße ein Sprengsatz. Die Täter*innen begründeten die Anschläge mit ihrem Widerstand gegen die Infektionsschutzmaßnahmen.

Übergriffe auf Gegendemonstrant*innen und vor allem auf Medienvertreter*innen sind bei Kundgebungen gegen die Infektionsschutzmaßnahmen bundesweit und auch in München keine Seltenheit. Auch am Sonntag attackierten auf der Theresienwiese Demonstrierende Pressevertreter*innen. Im ostwestfälischen Minden demonstrierten Ende Oktober mutmaßliche Gegner*innen der Corona-Berichterstattung ihr Verständnis von Pressefreiheit: An einer Brücke knüpften sie eine lebensgroße Schaufensterpuppe auf, die ein Schild mit der Aufschrift „Covid-Presse“ um den Hals trug sowie eine Augenbinde, auf der das Wort „blind“ stand.

In den Chatgruppen über welche die Proteste geplant und organisiert werden, bestärken sich die Teilnehmenden in ihren Feindbildern und steigern sich in Angriffsphantasien hinein. Da kann es nicht verwundern, dass in einer solchen Gruppe in Nürnberg unlängst sogar eine Anleitung für die Herstellung von Sprengstoff kursierte. Die Behauptung, lediglich für „Liebe“, „Frieden“ und „Freiheit“ einzustehen, ist angesichts der Aggressivität der Proteste eine reine Tarnstrategie – weder Medien noch die Polizei sollten auf diese hereinfliegen. Nach einer mittlerweile monatelangen Agitation müssen Zivilgesellschaft, Politik und Behörden die Gefahr, die von diesen Protesten ausgeht ernstnehmen und ihnen mit klarer Kante entgegentreten. Gelegenheit dazu wird es ausreichend geben: In der Szene kursieren aktuell unter anderem Ankündigungen für Aktionen in München am 21. November und 12. Dezember.

Die Kundgebung am 1. November auf der Theresienwiese kann den rechtsoffenen und verschwörungsideologisch geprägten Protesten gegen die Corona-Maßnahmen neuen Aufwind geben. Die Veranstaltung zog wieder mehr Menschen an als in der Vergangenheit, die Polizei wurde als hilflose Beobachterin vorgeführt. Eine mögliche Mobilisierungsdynamik gilt es jetzt zu durchbrechen: Neben einer konsequenten Durchsetzung der Infektionsschutzmaßnahmen auch auf diesen Kundgebungen, braucht es eine klare Positionierung gegenüber den Protesten, ihren Protagonist*innen und ihren Botschaften. Gemeinsam kann die Münchner Stadtgesellschaft in der Corona-Pandemie Betroffene schützen und gegen antidemokratische Agitation Flagge zeigen.

Über die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München

Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm) ist beim Feiertag e. V. angesiedelt und seit 2009 Anlaufstelle für die Münchner Zivilgesellschaft, Multiplikator*innen der sozialen und politischen Bildungsarbeit, Fachnetzwerke, städtische Verwaltung und Kommunalpolitik. Wir informieren fortwährend über extrem rechte Entwicklungen in unserer Stadt, sensibilisieren für die Thematik und beraten zu möglichen Handlungsoptionen.